

Kontakt Palästina Antikolonial

Email: Palaestinaantikolonial@protonmail.com

Website: <https://palaestina-muenster.jimdofree.com/>

Facebook: <https://www.facebook.com/PalantiMS>

Instagram: https://www.instagram.com/palaestina_antikolonial/?hl=en

Twitter: <https://twitter.com/PalastinaA>

Appendix für:

BERICHT (2021): Die Bekämpfung des globalen Imperialismus an unserer lokalen Universität

Wenn man vom Studierendenparlament aufgefordert wird, in "eure Länder" zurückzugehen, wenn euch "die Art und Weise, wie die Dinge hier gemacht werden" nicht gefallen

Link zum Bericht: <https://palaestina-muenster.jimdofree.com/stellungnahmen-redendossiers/bericht-die-bek%C3%A4mpfung-des-globalen-imperialismus-an-unserer-lokalen-universit%C3%A4t-2021/>



Inhaltsübersicht

1. StuPa-Antrag der Kritischen Linke (Februar 2021).....	3-4
2. StuPa-Antrag der Kritischen Linke (Juni 2021).....	5-9
3. Beweismaterial: Diffamierung im Internet	10-13
4. Vorbereitete Texte für die StuPa-Sitzung am 5. Juli 2021.....	14-33
5. Chat mit den ModeratorInnen während der StuPa-Sitzung am 5. Juli	33-36

1. StuPa-Antrag der Kritischen Linke Linke (Februar 2021)



Liebe Abgeordnete,

das Studierendenparlament möge folgenden Antrag beschließen:

„Das Studierendenparlament positioniert sich klar gegen jede Form des Antisemitismus. Als Richtlinie dient den Gremien und Organen der Verfassten Studierendenschaft die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA).

*Das Studierendenparlament bekennt sich zum Existenzrecht Israels und zum Recht des Staates Israels, sich und seine Bevölkerung zu verteidigen. Das Studierendenparlament lehnt Boykottbestrebungen gegen Israel ab, insbesondere Aufrufe zum akademischen oder kulturellen Boykott, da diese nicht mit dem gesetzlichen Auftrag der Studierendenschaft vereinbar sind. Dementsprechend spricht sich das Studierendenparlament gegen jegliche Zusammenarbeit mit der „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (kurz BDS) aus. Der BDS-Bewegung und ihren Unterstützer*innen, z. B. der Gruppe „Palästina Antikolonial“, dürfen keine Gelder der Verfassten Studierendenschaft zur Verfügung gestellt werden, ebenso sind keine Räume für Veranstaltungen von diesen durch Gremien der Verfassten Studierendenschaft zu buchen. Veranstaltungen oder Veranstaltungsreihen, an denen Gruppen, die die BDS-Bewegung unterstützen oder sich positiv auf diese beziehen, beteiligt sind, dürfen von Gremien der Verfassten Studierendenschaft nicht beworben werden. Personen, die sich öffentlich pro-BDS beziehungsweise gegen das Existenz- oder Verteidigungsrecht Israels positionieren, die sich mit der Gruppe „Palästina Antikolonial“ solidarisieren oder terroristische Gewalt gegen Israel befürworten, dürfen keine Honorare oder sonstige Gelder aus dem Haushalt der Verfassten Studierendenschaft gezahlt werden, auch sind keine Räume für Veranstaltungen mit diesen durch Gremien der Verfassten Studierendenschaft zu buchen.*

Das Studierendenparlament fordert die Universität auf, sich klar gegen die BDS Bewegung zu stellen und ihren antisemitischen Positionen, die einer freien und international vernetzten

*Wissenschaft diametral entgegenstehen, keinen Raum zu bieten. Sie soll keine Veranstaltungen durchführen, bei denen Israel delegitimiert wird oder Terrorismus gegen Israel und seine Bewohner*innen befürwortet wird. Dritten sollen keine Räume für solche Veranstaltungen durch die Universität zur Verfügung gestellt werden.*

In der politischen Bildungsarbeit der Verfassten Studierendenschaft, insbesondere der des AStAs und seiner Beauftragten, soll das Thema Antisemitismus unter allen Gesichtspunkten weiterhin regelmäßig Berücksichtigung finden.“

Die Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Jonas Landwehr für die KriL und Dennis Schnittke für die Juso-HSG

2. StuPa-Antrag der Kritischen Linke (Juni 2021)



Antrag

Gegen den antisemitischen Boykott – gegen jeden Antisemitismus

Liebe Abgeordnete,

das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament positioniert sich klar gegen jede Form des Antisemitismus. Als Richtlinie dient den Gremien und Organen der Verfassten Studierendenschaft die Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA).

*Das Studierendenparlament bekennt sich zum Existenzrecht Israels und zum Recht des Staates Israels, sich und seine Bevölkerung zu verteidigen. Das Studierendenparlament lehnt Boykottbestrebungen gegen Israel ab, insbesondere Aufrufe zum akademischen oder kulturellen Boykott, da diese nicht mit dem gesetzlichen Auftrag der Studierendenschaft vereinbar sind. Daher spricht sich das Studierendenparlament gegen jegliche Zusammenarbeit mit der „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (kurz BDS) und ihre Unterstützer*innen, wie z. B. der Gruppe „Palästina Antikolonial“, aus.*

Gruppen oder Einzelpersonen, welche die BDS-Bewegung unterstützen oder sich positiv auf diese beziehen, die sich gegen das Existenz- oder Verteidigungsrecht Israels positionieren, sich mit der Gruppe „Palästina Antikolonial“ solidarisieren oder Teil von dieser sind, oder terroristische Gewalt gegen Israel befürworten, dürfen keine Honorare, Aufwandsentschädigungen, Projektförderungen oder sonstige Gelder aus dem Haushalt der Verfassten Studierendenschaft erhalten. Ebenso stellt die Verfasste Studierendenschaft jenen Gruppen oder Einzelpersonen oder Veranstaltungen, an denen jene Gruppen oder Einzelpersonen mitwirken, keine Räume zur Verfügung und nimmt keine Raumbuchungen für diese vor.

Die Gremien der Verfassten Studierendenschaft beteiligen sich nicht an Veranstaltungen, an denen Gruppen oder Einzelpersonen mitwirken, welche die BDS-Bewegung unterstützen oder

sich positiv auf diese beziehen, oder die anhand der Arbeitsdefinition Antisemitismus der IHRA anderweitig als antisemitisch identifiziert werden können. Ebenso werden solche Veranstaltungen nicht durch die Gremien der Verfassten Studierendenschaft beworben oder anderweitig unterstützt.

*Das Studierendenparlament fordert die Universität auf, sich klar gegen die BDS-Bewegung zu stellen und ihren antisemitischen Positionen, die einer freien und international vernetzten Wissenschaft diametral entgegenstehen, keinen Raum zu bieten. Sie soll keine Veranstaltungen durchführen, unterstützen oder bewerben, bei denen Israel delegitimiert, BDS-Positionen vertreten oder Terrorismus gegen Israel und seine Bewohner*innen befürwortet wird. Dritten sollen keine Räume für solche Veranstaltungen durch die Universität zur Verfügung gestellt werden.*

In der politischen Bildungsarbeit der Verfassten Studierendenschaft, insbesondere der des AStA und seiner Beauftragten, soll eine kritische Auseinandersetzung mit allen Formen des Antisemitismus regelmäßig Berücksichtigung finden.

Begründung

Die Arbeitsdefinition Antisemitismus¹ der International Holocaust Remembrance Alliance von 2016 ist ein international anerkanntes Instrument im Kampf gegen Antisemitismus. In Deutschland forderten 2019 die Jüdische Studierendunion Deutschland, der freie Zusammenschluss von student*innenschaften, das Junge Forum der DIG, der AStA der Uni Darmstadt, der AStA der Uni Frankfurt, sowie die Juso-Hochschulgruppen, Campus Grün, die Liberalen Hochschulgruppen und der RCDS in einer gemeinsamen Resolution die Etablierung der Arbeitsdefinition Antisemitismus an deutschen Hochschulen und den entschiedenen Einsatz gegen alle Formen des Antisemitismus². Diese Resolution wird von der Hochschulrektorenkonferenz unterstützt, welche die Arbeitsdefinition Antisemitismus „an allen Hochschulstandorten etabliert sehen [möchte]“³.

¹ <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>

² <https://www.jsud.de/beitrag/resolution-gegen-bds-und-jeden-antisemitismus>

³ <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/kein-platz-fuer-antisemitismus/>

Mit unserem Antrag wollen wir daher dafür eintreten, dass diese international wie an den deutschen Hochschulen allgemein anerkannte Arbeitsdefinition an der Universität Münster weiterhin angewendet wird.

Dies sowie der Kampf gegen alle Formen des Antisemitismus ist gerade in Anbetracht der zunehmenden antisemitischen Gewalt in Deutschland von äußerster Dringlichkeit. Der Anschlag in Halle 2019 war kein Einzelfall; antisemitische Gewalt ist in Deutschland Alltag. Deutlich wurde dies besonders im vergangenen Monat, als Antisemit*innen jedweder Gesinnung die Eskalation im Gaza-Konflikt als langersehnten Vorwand nutzten, um ihren Hass auf Jüdinnen und Juden auf die Straßen in Deutschland zu tragen.

In Bonn zündeten Menschen vor der Synagoge eine Israelfahne an und attackierten die Tür der Synagoge. In Ulm versuchte eine Person am Shabbatmorgen mit einem Brandsatz die Synagoge anzuzünden, um die darin vermuteten betenden Jüdinnen und Juden zu ermorden. In Düsseldorf wurde der Gedenkstein der alten Synagoge angezündet. In Dortmund und Bremen waren Graue Wölfe und andere Faschist*innen auf der antiisraelischen Demo, ebenso in Gelsenkirchen, wo der wütende Mob vor die Synagoge zog und minutenlang „scheiß Juden“ skandierte. In Solingen wurde die am Rathaus gehisste israelische Fahne angezündet, in Berlin scheiterte eine unbekannte Person beim selben Versuch. In Mannheim wurden die Scheiben der Synagoge eingeworfen. Auf einer Demo in Hannover skandierte die Menge „Khaybar Khaybar ya Yahud, jaysh-i Muhammad sawf-a ya'hud“ (Auf Deutsch: „Juden, erinnert euch an Khaybar, die Armee Mohammeds kommt wieder“⁴), Teilnehmer*innen der Demo versuchten Israelfahnen anzuzünden. Die Liberale Jüdische Gemeinde in Hannover erhielt einen Drohanruf, und auch das israelische Generalkonsulat in München erhielt Mord- und Vergewaltigungsdrohungen.

All dies ist nur ein unvollständiger Ausschnitt, der dennoch das Ausmaß der antisemitischen Eskalation und die im Antizionismus angelegte Gewalt offenbart. Und auch in Münster musste die Jüdische Gemeinde ähnliches erleben. Ein Mob aufgebrachter Menschen zog vor die Synagoge, rief antiisraelische und antisemitische Sprüche und versuchte eine Israelfahne zu entzünden. Noch in derselben Woche stimmte eine Masse von etwa 600 Demonstrierenden vor dem münsteraner Hauptbahnhof den antisemitischen Schlachtruf „Khaybar Khaybar ya Yahud“ an, während die Polizei vor der Synagoge Hamburger Gitter aufstellte.

⁴ Dieser Ruf bezieht sich auf den Feldzug Mohammeds gegen die von Jüdinnen und Juden besiedelte Oase Khaybar im Jahr 628.

An der Universität Münster wurden wir in den ersten beiden Sitzungen des 63. Stupas Zeug*innen antisemitischer Beleidigungen, Drohgebärden und Angriffe, welche auf die Einbringung des Antrages „contra Antisemitismus“ folgten. In der ersten Sitzung des 63. Stupas zeigte sich dies in Personen, die mit Profilbildern am Zoom-Meeting teilnahmen, welche die Auslöschung des jüdischen Staates propagierten. Die Bekämpfung von Antisemitismus wurde als „White Supremacy“ bezeichnet und mehrfach der Nationalsozialismus relativiert, als zum einen Holocaust-Relativierung selbst als lediglich „provokativ“ verniedlicht und zum anderen Menschen, welche sich gegen Antisemitismus einsetzen, als „Deutscher als der NSDStB“ (Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund) diffamiert wurden. Mit einem „Fuck Israel“ im Chat wurde die Sitzung schließlich geschlossen.

Vor der zweiten Sitzung des 63. Studierendenparlamentes rief die Gruppe „Palästina Antikolonial“ zur „Besetzung“ des Stupa-Zoom-Meetings auf. Und der antisemitische Mob kam dem erneut nach. Zwar war dieses Mal aufgrund der zu erwartenden erneuten antisemitischen Ausschreitungen der Chat gesperrt worden, jedoch hielt dies Personen nicht davon ab, erneut Profilbilder zu zeigen, auf welchen Israel z. B. als Apartheidstaat bezeichnet wurde; von einer Person wurden auch pornographische Inhalte gezeigt. Zudem griffen die von Palästina Antikolonial mobilisierten Störer*innen angesichts des ausgeschalteten Chats auf Lärmbelästigung zurück. Mehrfach stellten Personen während des Meetings ihr Mikrofon an, um entweder extrem laute, verzerrte Musik abzuspielen, oder unartikuliert ins Mikrofon zu brüllen. Auch über das massenhafte Tragen von Palitüchern durch Besucher*innen der Sitzung wurde versucht eine Atmosphäre zu schaffen, in welcher Jüdinnen und Juden sich nicht sicher fühlen. Einer der Palituch-Träger, ein weißer Amerikaner, sprach anwesenden Jüdinnen und Juden aufgrund ihrer Gegnerschaft zu jeder Form des Antisemitismus das jüdisch-sein ab, der perfiden Logik folgend, er als weißer Amerikaner könne bestimmen, wer Jude sei und wer nicht – nämlich nur diejenigen, die seine Meinung vertreten. In derselben Sitzung behauptete ein Vertreter von „Palästina Antikolonial“, das Völkerrecht verlange den militärischen Widerstand gegen Besatzung, womit er den Terror von Hamas, Islamischem Djihaad, PFLP und co. gegen die israelische Bevölkerung zu legitimieren versuchte.

Die Universität Münster kann nur dann ein sicherer Ort für Jüdinnen und Juden sein, wenn die Verfasste Studierendenschaft sich klar an ihre Seite und gegen jede Form von Antisemitismus stellt. Die BDS-Bewegung und alle ihr nahestehenden Personen und

Gruppen, wie etwa „Palästina Antikolonial“, dürfen an unserer Universität und in der gesamten Studierendenschaft keinen Platz haben.

Mit antifaschistischen Grüßen

Jonas Landwehr für die Kritische Linke

Münster, 23.06.2021

3. Beweismaterial: Diffamierung im Internet

Diffamierung, rassistische und islamfeindliche Äußerungen, rechtswidrige Verwendung von Fotos von MitgliederInnen von Palästina Antikolonial durch JuFo Münster (Feb. 2021)



jufomuenster 44 Min.

Ein „Palituch“-Träger bezeichnete Jüdinnen und Juden, die sich gegen Antisemitismus einsetzen, als „so called jewish people“. Dies war seine Reaktion auf einen ausgezeichneten Redebeitrages der jüdischen Studierendengruppe Hillel.



jufomuenster 42 Min.

@JUSOHSG_MS @KRITISCHE_LINKE_MS


Der „Antrag contra Antisemitismus“ wurde mit 21 Ja-, 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen. Wir bedanken uns bei den Parlamentariern, die sich klar gegen Antisemitismus, BDS und die Gruppe „Palästina Antikolonial“ ausgesprochen haben und für die laufende Legislaturperiode gesichert haben, dass keine Gelder und Räume an Unterstützer antisemitischer Gruppen vergeben werden.

@LHGMUENSTER
@ACDS.MUENSTER @DIELISTEMUENSTER
@CAMPUSGRUEN.MS



jufomuenster 42 Min.

Gleichzeitig sind wir besorgt, dass sich 31 % des StuPas nicht klar gegen Antisemitismus aussprechen wollten. Angesichts der Vorfälle der letzten zwei Sitzungen ist klar geworden, wie wichtig der Beschluss vor allem für jüdische Studierende ist. Der Kampf gegen Antisemitismus muss sowohl an der Uni, als auch in der gesamten Stadt weiterhin geführt werden.



Diffamierung, rassistische Äußerungen durch die Juso HSG Münster:



Beleidigungen per Chat durch StuPa-MitgliederInnen während der StuPa-Sitzung (Februar 2021):

Von Mithily Heidelberg an Alle: 11:38 PM
ihr habt sie doch nimmer all!

Von Sibel an Alle: 11:39 PM
Könnt ihr bitte Leute, die beleidigen, kicken?

Von MKhandy an Alle: 11:39 PM
wie faul kann man sein, fuck BDS fuck Palästina
Antikolonial, schade das def stupa nicht mehr mut
hatte...

Von David Minkov (er) an Alle: 11:39 PM
Danke an alle Parlamentarier*innen und vor allem das
Präsidium!!

Diffamierung, Verwendung von Namen auf Instagram durch Kritische Linke und JuFo:

jufomuenster
WWU Münster - Münster University

Terroristen-Unterstützer im StuPa?

Antrag gegen Antisemitismus, die BDS-Kampagne und „Palästina Antikolonial“ im Studierendenparlament wurde vertagt.

JUNGES FORUM DIG MÜNSTER

Gefällt **timon_kloepfer** und **151 weiteren Personen**

jufomuenster In der konstituierenden Sitzung des Studierendenparlaments der @www_muenster am 18.01. hätte ein Antrag gegen #Antisemitismus, die #BDS-Kampagne und die antisemitische Gruppe „Palästina Antikolonial“ verabschiedet werden sollen.

Kritische Linke kritische_linke_ms

Antisemitische Vorfälle im Studierendenparlament der Uni Münster

3/4 Joice Weber Samidoun Deutschl... Ryan

4. Vorbereitete Texte für die StuPa-Sitzung am 5. Juli 2021

BDS Forderungen

Lasst uns darüber sprechen, worum es bei BDS eigentlich geht. Die BDS-Bewegung arbeitet auf Graswurzelebene an der Verwirklichung ihrer drei, von der Bevölkerung unterstützten Forderungen:

1. Die Beendigung der Besatzung und Kolonisierung aller palästinensischen Gebiete durch den Staat Israel, was den Abbau der Mauer zwischen Israel und dem besetzten Westjordanland einschließt.

2. Die Anerkennung der Grundrechte der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf volle Gleichberechtigung, da sie derzeit einer systematischen Rassendiskriminierung durch den Staat Israel ausgesetzt sind, der diesen Rassismus in über 50 Gesetzen festschreibt, die jeden Aspekt des Lebens beeinflussen. Israelische Autoritäten haben den Schutz, der durch diese Gesetze gewährt wird, oft dazu benutzt, rassistische Gewalt gegen arabisch-palästinensische Bürger zu legitimieren, was bei den Märschen, bei denen Zionisten "Tod allen Arabern" durch die Straßen Jerusalems riefen, deutlich zu sehen war.

3. Respektierung, Schutz und Förderung des Rechts der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Häuser und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN-Resolution 194 und, was noch wichtiger ist, durch grundlegenden menschlichen Anstand festgelegt ist. Als Ergebnis der gewaltsamen Vertreibung der Palästinenser durch den Staat Israel seit der Nakba von 1948 gibt es derzeit 7,25 Millionen palästinensische Flüchtlinge.

Das sind die Forderungen der BDS-Bewegung – Forderungen, die umgesetzt werden durch den Boykott von Konzernen und Desinvestition aus Konzernen, die der wirtschaftlichen Gesundheit der lokalen Gemeinden in Palästina, auf der ganzen Welt und sogar in Israel schaden, wie z.B. Waffenexport- und Import-Unternehmen und Profiteure der Apartheid wie: Apple, Samsung, Amazon, Vodafone, Coca-Cola, Soda Stream, HP, und Puma. Erst heute hat der staatliche norwegische Pensionsfonds angekündigt, alle seine Gelder aus Konzernen abzuziehen, die von den illegalen Siedlungen in der von Israel besetzten Westbank profitieren oder diese unterstützen. Damit ist Norwegen ein Vorbild, wie auf staatlicher Ebene BDS-Forderungen zur Einhaltung der palästinensischen Menschenrechte durchgesetzt werden können.

Examples of BDS Campaigns: #Block the Boat and the Organization of Workers around the World against Israeli Apartheid

During the reign of the Apartheid regime in South Africa, unionized dockworkers around the world showed their solidarity with indigenous Africans by blocking the Government's cargo ships from entering their ports and refusing to handle their cargo. During this time of grassroots organizing against imperialism worldwide, the White Supremacist Government of South Africa found a strong ally in the State of Israel. The two regimes would send their love letters to one another in the form of weapon shipments. Not long after the 1967 war, the State of Israel became the most important foreign arms dealer to the South African Defense Force.

Though the Apartheid regime in South Africa was ended in 1994, Israel's brutality against the Palestinian peoples has progressively intensified. Just as decades before, workers now refuse to cooperate with the State of Israel as a strategy of resistance against the state's apartheid and its consistent collusion with Global imperialist powers such as the US. In spring 2021, unionized dockworkers in Durban South Africa heeded the call of BDS chapters around the world to #BlocktheBoat in solidarity with indigenous Palestinian communities in Gaza and throughout occupied Palestine. South African Trade Unions and the South African BDS coalition together organized to refuse handling cargo from an Israeli ZIM ship. They were joined by workers in Livorno and Naples, who also refused to load a shipment of weapons that Israel was planning to use indiscriminately against the people of Gaza. And, just as indigenous Palestinians have supported BIPOC around the world in the struggle against imperialism, indigenous protestors in Prince Rupert, Canada joined the BDS action.

These actions express the strategy of non-violent resistance at the core of the BDS movement, which shares its legacy with indigenous South African strategies of boycotts and civil disobedience against the Apartheid in South Africa.

Deutsch:

Während der Herrschaft des Apartheidregimes in Südafrika zeigten gewerkschaftlich organisierte Hafendarbeiter auf der ganzen Welt ihre Solidarität mit den einheimischen Afrikanern, indem sie die Frachtschiffe der Regierung am Einlaufen in ihre Häfen hinderten und sich weigerten, ihre Fracht abzuladen. Während dieser Zeit der weltweiten Basisorganisation gegen den Imperialismus fand die weiße, rassistische Regierung Südafrikas einen starken Verbündeten im Staat Israel. Die beiden Regimes schickten sich gegenseitig ihre Liebesbriefe in Form von Waffenlieferungen. Nicht lange nach dem Krieg von 1967 wurde der Staat Israel zum wichtigsten ausländischen Waffenhändler für die südafrikanischen Verteidigungskräfte.

Obwohl das Apartheidregime in Südafrika 1994 aufgelöst wurde, hat sich Israels Brutalität gegen das palästinensische Volk immer weiter verschärft. Wie schon Jahrzehnte zuvor weigern sich die Arbeiter jetzt, mit dem Staat Israel zu kooperieren, als Strategie des Widerstands gegen die Apartheid des Staates und seine konsequente Kollusion mit globalen imperialistischen Mächten wie den USA. Im Frühjahr 2021 folgten gewerkschaftlich organisierte Hafentarbeiter in Durban, Südafrika, dem Aufruf von BDS-Sektionen auf der ganzen Welt zu #BlocktheBoat in Solidarität mit den einheimischen palästinensischen Gemeinden in Gaza und im gesamten besetzten Palästina. Südafrikanische Gewerkschaften und die südafrikanische BDS-Koalition organisierten sich gemeinsam, um sich zu weigern, Fracht von einem israelischen Schiff umzuladen. Ihnen schlossen sich Arbeiter in Livorno und Neapel an, die sich ebenfalls weigerten, eine Ladung von Waffen zu verladen, die Israel wahllos gegen die Menschen in Gaza einzusetzen plante. Und so wie indigene Palästinenser BIPOC auf der ganzen Welt im Kampf gegen den Imperialismus unterstützt haben, schlossen sich indigene Demonstranten in Prince Rupert, Kanada, der BDS-Aktion an.

Diese Aktionen bringen die Strategie des gewaltlosen Widerstands zum Ausdruck, die den Kern der BDS-Bewegung ausmacht, die ihr Erbe mit den einheimischen südafrikanischen Strategien des Boykotts und des zivilen Ungehorsams gegen die Apartheid in Südafrika teilt.

Who and What Does BDS Boycott? A Clarification

For nearly 70 years, the State of Israel has denied Palestinians their fundamental human rights and has refused to comply with international law. Nonetheless, Palestinian organizers have drawn upon their resilience to meet Israel's settler colonialism with non-violent strategies of resistance. Like #BlackLivesMatter, BDS is not a centralized organization nor a single entity. Like the #BlackLivesMatter movement, which has consistently supported both Palestinian liberation and the BDS campaign, the BDS movement is led in decentralized chapter organizations around the world who cooperate on shared goals through means that are beneficial to the local communities which make up their memberships.

BDS is inspired by strategies of boycott, civil disobedience (i.e. general strikes), and resistance by indigenous Africans against the Apartheid regime in South Africa. BDS was launched by 170 Palestinian unions, refugee networks, women's organizations, and other Palestinian bodies. Members

of STUPA misrepresent BDS by painting an implicit picture that the movement means to harm Jewish small-businesses and family enterprises. However, BDS instead explicitly targets capitalist interests and conglomerate ventures that stand to harm the economic health of local communities in Palestine and around the world. Some targets of the BDS campaign include: Apple, Samsung, Amazon, Coca-Cola, HP, and Puma. Interests in Israel are not small ventures, but massive enterprises like: Sabra Hummus (i.e. which gives money to the Israeli Military), the Israeli Fruits and Vegetables Company (i.e. which steals its produce from land that is internationally recognized as belonging to Palestinians).

Targets of sanctions by BDS include German and American weapons manufacturing firms, which together supply 94% of the arms that the State of Israel uses to kill and maim people throughout Palestine. BDS also sanctions Israeli arms manufacturers, who have consistently shipped their weaponry to human rights violators. The State of Israel had shipped weapons to Apartheid South Africa, to the ruling government during the Rwanda Genocide, to profiteers from warring factions in South Sudan. Israel has supplied advanced weaponry to the architects of the ongoing ethnic cleansing taking place in Myanmar, and have directly supplied the 'law and order' regime of President Rodrigo Duterte of the Philippines. These are just some examples.

Finally, Israeli universities are also boycotted by BDS for their explicit hand in developing weapons systems and political and military doctrines used against civilians in Gaza and Lebanon and for their racist administration that discriminates against Palestinian students.

Deutsch:

Seit fast 70 Jahren verweigert der Staat Israel den Palästinensern ihre grundlegenden Menschenrechte und weigert sich, das Völkerrecht zu achten. Nichtsdestotrotz leisten palästinensische Organisatoren Widerstand, um Israels Siedlerkolonialismus mit gewaltfreien Strategien zu begegnen. Wie #BlackLivesMatter ist BDS weder eine zentralisierte Organisation noch eine einzelne Einheit. Wie die #BlackLivesMatter-Bewegung, die sowohl die palästinensische Befreiung als auch die BDS-Kampagne konsequent unterstützt hat, wird die BDS-Bewegung in dezentralen Ortsverbänden auf der ganzen Welt geführt, die an gemeinsamen Zielen mit Mitteln arbeiten, die für die lokalen Gemeinschaften, aus denen sie sich zusammensetzen, von Vorteil sind.

BDS ist inspiriert von Strategien des Boykotts, des zivilen Ungehorsams (z.B. Generalstreiks) und des Widerstands der indigenen Bevölkerung gegen das Apartheid-Regime in Südafrika. BDS wurde

von 170 palästinensischen Gewerkschaften, Flüchtlingsnetzwerken, Frauenorganisationen und anderen palästinensischen Organisationen ins Leben gerufen. Mitglieder der STUPA stellen BDS falsch dar, indem sie ein implizites Bild malen, dass die Bewegung jüdischen Kleinunternehmen und Familienbetrieben schaden will. Stattdessen zielt die BDS ausdrücklich auf kapitalistische Interessen und Unternehmen, die der wirtschaftlichen Gesundheit lokaler Gemeinschaften in Palästina und auf der ganzen Welt schaden. Einige Ziele der BDS-Kampagne sind: Apple, Samsung, Amazon, Coca-Cola, HP und Puma. Die Interessen in Israel sind keine kleinen Unternehmungen, sondern riesige Unternehmen wie: Sabra Hummus (die Geld an das israelische Militär geben) und die Israeli Fruits and Vegetables Company (die ihre Produkte von Land stiehlt, das international als Eigentum der Palästinenser anerkannt ist).

Zu den Zielen der Sanktionen von BDS gehören deutsche und amerikanische Waffenproduktionsfirmen, die zusammen 94% der Waffen liefern, die der Staat Israel benutzt, um Menschen in ganz Palästina zu töten und zu verstümmeln. BDS sanktioniert auch israelische Waffenhersteller, die immer wieder ihre Waffen an Menschenrechtsverletzer geliefert haben. Der Staat Israel hat Waffen an das Apartheid-Südafrika geliefert, an die herrschende Regierung während des Völkermordes in Ruanda, an Profiteure von Kriegsparteien im Südsudan. Israel hat fortschrittliche Waffen an die Architekten der andauernden ethnischen Säuberung in Myanmark geliefert, und hat direkt das "Recht und Ordnung"-Regime von Präsident Rodrigo Duterte auf den Philippinen beliefert. Dies sind nur einige Beispiele.

Schließlich werden auch israelische Universitäten von BDS boykottiert, weil sie explizit an der Entwicklung von Waffensystemen und politischen und militärischen Doktrinen beteiligt sind, die gegen Zivilisten in Gaza und im Libanon eingesetzt werden, und wegen ihrer rassistischen Verwaltung, die palästinensische Studenten diskriminiert.

Akute Lebenssituation: Ethnische Säuberung in Palästina

Es ist wichtig bei der Diskussion um Israel auch die Lebenssituation der Palästinenser*innen zu beachten, die schon seit mehr als 50 Jahren unter israelischer Besatzung leben.

Die in Ost-Jerusalem lebenden Palästinenser*innen werden aktuell von ethnisch motivierten Zwangsräumungen bedroht. Sie sollen ihre Häuser räumen, um Platz für israelische Siedler zu machen. In dem Viertel Sheikh Jarrah z.B. teilt sich die Familie Al-Kurd schon lange unfreiwillig

einen Teil des eigenen Hauses mit einem Siedler aus Brooklyn. Laut seiner Aussage darf er es stehlen, und “wenn er es nicht tut, dann wird es jemand anderes tun.” Vor einigen Wochen durften jüdische Kahanisten durch das Viertel laufen und riefen “Tod den Arabern”. Begleitet und beschützt wurden sie dabei von israelischen Soldaten. Die Zwangsräumungen werden in den Medien immer wieder als Grundstücks Disput dargestellt, jedoch weisen die Anwälte der betroffenen Familien immer wieder darauf hin, dass Behörden die Dokumente der Häuser zurückhalten.

Aktuell plant Israel das Jerusalemer Stadtviertel Silwan zu zerstören und an der Stelle eine Touristenattraktion zu bauen. Die dort lebenden Palästinenser*innen sollen ihre Häuser selbst demolieren, ansonsten droht Israel es zu tun und ihnen in Rechnung zu stellen. Etwa 1500 Menschen werden dann obdachlos.

Israel hatte nie festgelegte Grenzen und ist seit Gründung darauf aus, das eigene Gebiet zu erweitern, indem sie die dort lebenden Palästinenser*innen vertreiben. Das Westjordanland ist ein Flickenteppich und durchzogen von völkerrechtlich illegalen jüdischen Siedlungen. Wollen die PalästinenserInnen einfach in die nächste Stadt für einen Supermarkteinkauf oder zur Arbeit müssen sie durch einen von 700 Checkpoints oder anderen Hindernissen. Hier kann die Wartezeit mehrere Stunden dauern. Hier wurden bereits Kinder geboren, weil Schwangere auf dem Weg zum Krankenhaus warten gelassen wurden. Zudem gibt es ein Straßennetz, welches nur von jüdischen BürgerInnen benutzt werden darf.

Das Leben unter Besatzung bedeutet, dass die eigene Freiheit sich zu bewegen enorm eingeschränkt ist, es bedeutet, dass das eigene Haus besetzt oder zerstört wird, es bedeutet, dass die eigenen Jahre alten Olivenbäume niedergebrannt werden, es bedeutet, dass israelische Soldaten dein Kind mit Gummigeschoss verletzen können, ohne bestraft zu werden. Das Leben unter Besatzung bedeutet für PalästinenserInnen, dass sie Bürger zweiter Klasse sind und dies jeden Tag zu spüren bekommen.

Globale Anerkennung von Israel als Apartheidstaat: Siedlungskolonialismus

Israel ist ein siedlungskolonialer Staat. Siedlungskolonialismus ist eine Form von Kolonialismus, die darauf abzielt, die indigene, also einheimische Bevölkerung durch Siedler*innen zu ersetzen. Das passiert über gewaltsame Vertreibung und Entvölkerung oder über die aufgezwungene Assimilierung und Unterordnung der indigenen Menschen unter das koloniale System. Viele Staaten sind durch

Siedlungskolonialismus entstanden. Australien, Neuseeland, Kanada und die USA konnten nur entstehen, weil die dort lebenden Menschen vertrieben, massakriert und entrechtet wurden, um für die europäischen Siedler*innen Platz zu machen. Heute leben die meisten Nachkommen der indigenen Bevölkerung in Reservaten. Siedlungskoloniale Politik wurde vor allem in der Zeit des europäischen Kolonialismus eingesetzt, um Gebiete unter die eigene Kontrolle zu bringen. Solche Praktiken wurden z.B. in Indonesien durch die niederländische Kolonialregierung durchgeführt, auf der Insel Mindanao durch spanische und amerikanische Programme, die muslimische Bevölkerung durch philippinische ChristInnen zu ersetzen, in Taiwan durch niederländische, spanische, japanische und chinesische Kolonisierung, oder auf Hokkaido durch japanische Siedler*innen. Aber auch heute ist Siedlungskolonialismus nach wie vor präsent. China verfolgt in Xinjiang eine Politik des Siedlungskolonialismus. Saddam Hussein versuchte im Irak jahrzehntelang, den Norden des Landes zu arabisieren, indem die dort lebenden kurdischen, jesidischen, assyrischen, turkmenischen und andere Minderheiten vertrieben wurden oder sich assimilieren sollten. Zionistischer Siedlungskolonialismus führte dazu, dass auf dem Gebiet, auf dem vor allem Palästinenser*innen lebten, ein jüdischer Staat Israel errichtet wurde, der 80 Prozent der indigenen Palästinenser*innen vertrieb. Die israelische Politik des Siedlungskolonialismus wird in Israel, aber auch in den anderen annektierten und besetzten palästinensischen Gebieten Westbank und Gaza fortgeführt und findet ihren deutlichsten Ausdruck im System der Apartheid.

Apartheid in Israel

Die Anti-Apartheidkonvention der UN definiert Apartheid als „unmenschliche Handlungen, die zu dem Zweck begangen werden, die Herrschaft einer rassischen Gruppe über eine andere rassische Gruppe zu errichten und aufrechtzuerhalten und die sie systematisch zu unterdrücken“. Der Internationale Strafgerichtshof klassifiziert Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, „begangen im Kontext eines institutionalisierten Regimes der systematischen Unterdrückung und Herrschaft einer rassischen Gruppe über eine andere rassische Gruppe oder Gruppen, begangen mit der Absicht, dieses Regime aufrechtzuerhalten“. Charakteristika für Apartheid nach der UN-Konvention sind

1. Mitgliedern einer rassischen Gruppe das Recht auf Leben und persönliche Freiheit zu verweigern, durch physische und psychische Gewalt, durch Folter oder unmenschliche Behandlung und Bestrafung, durch willkürliche Verhaftungen und illegale Inhaftierung.

Amnesty International berichtet über zahlreiche unrechtmäßige Tötungen von palästinensischen Zivilist*innen durch israelische Armee, Polizei und Sicherheitskräfte in den besetzten Gebieten. Der Oberste Gerichtshof in Israel beschloss 2018, dass die Erschießung von unbewaffneten palästinensischen Zivilist*innen durch israelische Soldat*innen erlaubt ist. Die Menschenrechtsorganisation Addameer veröffentlichte Ende 2019 einen Bericht über die institutionalisierte Folter von Palästinenser*innen in israelischen Gefängnissen und Verhörzentren. Die Foltermethoden umfassen aufgezwungene Stresspositionen, Schläge, Schlafentzug, Bedrohung von Familienmitgliedern. Palästinenser*innen in der Westbank werden nach israelischem Militärrecht verurteilt, im Gegensatz zu den dort lebenden israelischen Siedler*innen, die Zivilrecht unterstehen. Tausende Palästinenser*innen, darunter viele Minderjährige, sind der Praxis der Administrativhaft ausgesetzt. Das heißt, dass sie für unbegrenzte Zeit inhaftiert werden können, ohne Prozess und ohne Anklage. Damit wird auch das internationale Recht auf einen öffentlichen Prozess und auf Rechtsbeistand durch Anwälte außer Kraft gesetzt.

2. Apartheid ist, Mitgliedern einer rassistischen Gruppe grundlegende Menschen- und Freiheitsrechte zu verweigern, etwa das Recht auf Nationalität, auf Versammlungsfreiheit, auf Bewegungsfreiheit, auf Bildung, auf Meinungsfreiheit. Das Nationalstaatsgesetz von 2018 definiert Israel als jüdischen Staat. Nur Jüdinnen*Juden wird das Recht auf nationale Selbstbestimmung zugestanden. Während Jüdinnen*Juden aus der ganzen Welt seit dem "Rückkehrgesetz" von 1950 die Nationalität (innerhalb von 3 Monaten) erhalten können, bleibt das den vertriebenen Palästinenser*innen vorenthalten. In der Westbank sind politische Versammlungen mit mehr als 10 Menschen für Palästinenser*innen verboten. Freie Meinungsäußerung von Palästinenser*innen in der Öffentlichkeit wird gewaltsam unterdrückt. Die Bewegungsfreiheit von Palästinenser*innen wird durch Checkpoints, durch die 708 Kilometer lange Mauer zwischen der Westbank und Israel und durch Straßen, die nur von Siedler*innen benutzt werden dürfen, eingeschränkt. Das Recht auf Bildung wird eingeschränkt, indem Israel die öffentlichen jüdischen Schulen finanziell unterstützt, die öffentlichen palästinensischen Schulen dagegen finanziell und infrastrukturell diskriminiert.

3. Apartheid sind Maßnahmen, die die Bevölkerung entlang rassistischer Linien teilen soll: Errichtung separater Reservate oder Ghettos für Mitglieder einer rassistischen Gruppe, Verbot gemischter Ehen; Enteignung von Grundeigentum einer rassistischen Gruppe oder deren Mitgliedern. Durch die Mauer, durch Checkpoints und durch Infrastruktur wie Straßen, Wasserleitungen oder Bussysteme, die nur von jüdischen Siedler*innen benutzt werden dürfen, wird

vor allem in der Westbank die palästinensische Bevölkerung in immer isoliertere Gebiete gedrängt. Interreligiöse Ehen, z.B. zwischen Jüdinnen*Juden und muslimischen Palästinenser*innen werden in Israel nicht anerkannt. Palästinenser*innen aus Westbank und Gaza werden zusätzlich diskriminiert. Das Staatsangehörigkeitsgesetz von 2003 sagt: Alle Menschen, die mit einer israelischen Staatsbürger*in verheiratet sind, erhalten automatisch die israelische Staatsangehörigkeit. Für Palästinenser*innen aus der Westbank und Gaza gilt das nicht.

4. Apartheid ist Ausbeutung der Arbeit von Mitgliedern einer rassistischen Gruppe.

Palästinensische Israelis verdienen 40-60 Prozent weniger als jüdische Israelis mit gleicher Ausbildung. Das Israel Democracy Institute nennt das ethnische Bestrafung.

Es lässt sich festhalten: Innerhalb Israels existiert eine Vielzahl an rassistischen und diskriminierenden Gesetzen und Praktiken gegen Palästinenser*innen, die eine jüdische Vorherrschaft sichern sollen. Hier wird teilweise, v.a. im Bezug auf das Nationalstaatsgesetz, auch von Apartheid gesprochen. In der Westbank hat Israel nach den Kriterien der UN-Konvention eindeutig ein Apartheidssystem errichtet. Das ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Studierendenparlament darf die Augen vor diesen Tatsachen nicht verschließen.

Organisationen und Personen, die Israel als Apartheidsregime anerkennen

2008 schrieb die israelische Tageszeitung Haaretz über das Gesetz von 2003, das palästinensischen Staatsbürger*innen Israels die Zusammenführung mit ihren Familien verweigert: "Die Existenz dieses Gesetzes in den israelischen Gesetzbüchern macht Israel zum Apartheidsstaat".

2017 wurde der Bericht der UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien veröffentlicht. Darin heißt es: „Israel hat ein Apartheidsregime errichtet das das palästinensische Volk als Ganzes beherrscht“.

Im Juli 2020 veröffentlichte die israelische Menschenrechtsorganisation Yesh Din einen Bericht, in dem die israelische Behandlung der Palästinenser*innen in der Westbank gemäß dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs sowie gemäß der UN-Anti-Apartheidkonvention als Apartheid bezeichnet wird.

Im Januar 2021 veröffentlichte die wichtigste israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem einen Bericht, in dem es heißt, dass Israel "ein Regime jüdischer Vorherrschaft vom Jordan Fluss bis

zum Mittelmeer“ errichtet hat, das die Kriterien für die Charakterisierung als Apartheidsregime erfüllt.

Im April 2021 veröffentlichte Human Rights Watch einen Bericht, der Israel Apartheidsverbrechen vorwirft. Human Rights Watch rief den Internationalen Strafgerichtshof auf, die systematische Diskriminierung der Palästinenser*innen durch Israel zu untersuchen.

Im Juni 2021 schrieben die ehemaligen israelischen Botschafter in Südafrika, Ilan Baruch und Alon Liel, dass Israel Apartheid praktiziert, indem die Palästinenser*innen in der Westbank und Gaza in Enklaven gedrängt werden, die von illegalen Siedlungsgebieten eingekreist sind.

Auch im Juni 2021 beschrieb der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki Moon in der Financial Times die Situation in der Westbank als Apartheid.

Die ausführlichen Berichte sind alle öffentlich einsehbar. Wir fordern von den Mitgliedern des Studierendenparlaments, dass ihr euch mit den Berichten auseinandersetzt. Es kann nicht sein, dass ihr die Kritik an Apartheid und Siedlerkolonialismus aus der Uni drängen wollt, nur weil ihr keine Lust habt oder es zu anstrengend findet, euer Bild von der Situation in Israel-Palästina zu prüfen und zu reflektieren.

Rassistische Zitate der neuen Regierung

Für viele ausländische Beobachter war das Ende der Premierminister-schaft Benjamin Netanyahus ein Zeichen für Veränderung, eine Hoffnung auf Frieden. Koloniale Realitäten, vorausgesetzt dass sie anerkannt werden, wurden zum Symptom der Netanyahu Ära erklärt, die mit ihm ein Ende finden würden. Jedoch können strukturelle Apartheid und Siedler Kolonialismus nicht innerhalb des besagten Systems durch Wahlen gelöst werden und dafür gibt es kein besseres Beispiel als den neuen Premierminister und Hoffnungsträger Naftali Bennett. Bennet, der unter Netanyahu bereits diverse Ministerposten inne hatte, ist ein strikter Gegner der zwei Staaten Lösung und wird nach eigener Aussage “Auf ewig alles in seiner macht stehende tun” um einen Palästinensischen Staat zu verhindern. Der ehemalige Leiter des Jescha Rates, der Selbstverwaltungsorganisation der nach geltendem Völkerrecht illegalen israelischen Siedlungen im Westjordanland, sagte hinsichtlich dieser Siedlungen bereits 2014, dass das Ziel “die allmähliche Anwendung Israelischen Rechtes” im besetzten Westjordanland wäre und dass es das wichtigste für Israel wäre weiter “zu bauen, bauen, bauen”. Ebenso spricht sich Bennett für die Besetzung und ethnische Säuberung Ostjerusalems aus. Im Oktober 2018 sagte Bennett, dass wenn er Verteidigungsminister wäre, er einen “Schießbefehl” oder auch ‚shoot to kill‘ Befehl gegen alle Palästinenser aussprechen würde, die Versuchen die

Grenze zwischen dem seit 15 Jahren illegal belagerten Gazastreifen und Israel zu überqueren. Auf die Frage, ob das auch für Kinder gelten würde, antwortete er "Das sind keine Kinder, das sind Terroristen". Eine ähnliche Aussage tätigte Bennet bereits 2013 als er während einer Debatte über die Freilassung politischer Gefangener folgenden Satz zum Thema beisteuerte: "Wenn wir Terroristen gefangen nehmen müssen wir sie einfach umbringen... Ich habe in meinem Leben bereits viele Araber getötet und ich sehe kein Problem damit." Bennet steht mit seiner Meinung keineswegs allein da, ähnlich Menschenverachtende und hetzerische Aussagen waren und sind seit 1948 in der israelischen Politik an der Tagesordnung. Beispielsweise sagte der ehemalige Ministerpräsident Ariel Sharon 1998, dass es "kein Israel, keinen Zionismus, keine Kolonialisierung ohne die Vertreibung der Araber und die Enteignung ihres Landes gebe". Der zweite Ministerpräsident Moshe Sharrett sagte: "wir kamen nicht um ein leeres Land zu erben, sondern, um Land von seinen ursprünglichen Bewohnern zu erobern." Der erste israelische Staatspräsident Chaim Weizmann verglich die Palästinenser mit "Steinen im Weg" und David Ben Gurion, der erste Ministerpräsident Israels, sagte: "Wir müssen die Araber vertreiben und ihren Platz einnehmen...". Es spricht für die Einseitigkeit und Verlogenheit des Diskurses, dass Palästinenser sich konstant gegen Anschuldigungen des Antisemitismus verteidigen müssen, während derart genozidale Aussagen hochrangiger israelischer Politiker ignoriert oder gerechtfertigt werden.

Internationale Unterstützung Palästinas von AktivistInnen

AktivistInnen und Menschenrechtsorganisationen auf der ganzen Welt erkennen Israel als einen Apartheidstaat an, dessen Regierung unzählige Menschenrechtsverletzungen begeht. Dazu gehören die Enteignung von mehr als einem Drittel des Landes in der Westbank, strenge Auflagen in Teilen der Westbank, die zur Zwangsumsiedlung von Tausenden von Palästinensern geführt haben, die Verweigerung des Aufenthaltsrechts für Hunderttausende Palästinenser und ihre Angehörigen sowie die Aufhebung grundlegender Bürgerrechte für Millionen von Palästinensern. Nelson Mandela hat seinerseits gegen Apartheidstrukturen in Südafrika gekämpft und hat immer seine Solidarität für Palästina geäußert. Er sagte z.B. „Wir wissen nur zu gut, dass unsere Freiheit unvollständig ist ohne die Freiheit der Palästinenser.“ Irena Klepfisz, eine queere jüdische Aktivistin, äußert sich so: „Trotz unserer Geschichte und unserer Machtlosigkeit in der Vergangenheit, trotz all der Ungerechtigkeit, die wir (Juden) ertragen haben - heute, jetzt, sind die Palästinenser die Opfer der Unterdrückung, und ihre Unterdrücker sind die Israelis.“ Angela Davis, amerikanische Bürgerrechtlerin, setzt sich bis heute für die palästinensische Befreiung ein. Sie sagt, „für alle, die gegen Rassismus und für Freiheit

kämpfen, ist das palästinensische Volk eine Inspiration. Schwarze Solidarität mit Palästina erlaubt uns, die Natur des heutigen Rassismus tiefer zu verstehen“. Zudem ist die Black Lives Matter-Bewegung einer der stärksten Allies von Palästina-AktivistInnen. Der UK-Strang der Bewegung sagte z.B. "Von den britischen Black Panthers bis zu Black Lives Matter war die Solidarität und das Lernen von den Palästinensern im Widerstand gegen systemischen Rassismus immer Teil unseres gemeinsamen Kampfes und unserer Stärke. Während Israel die Annexion des Westjordanlandes und die kolonialen Bestrebungen der Siedler vorantreibt, stehen wir laut und deutlich an der Seite unserer palästinensischen GenossInnen.“ Diese und so viel mehr Beispiele zeigen die internationale Unterstützung für Palästina und es wird Zeit, dass diese Stimmen auch hier gehört werden. FREE PALESTINE.

Apartheid in Israel/South Africa (Jewish Rabbi from South Africa)

This evening I would like to read some compiled excerpts from an article written by Rabbi Brian Walt: *the founder of the Congregation Mishkan Shalom and the executive director of Rabbis for Human Rights – North America.*

Title: As a Rabbi Raised in South Africa, I Can't Ignore Israel Is an Apartheid State

In January 2021, Israeli human rights organization B'Tselem issued the report 'A Regime of Jewish Supremacy From the Jordan River to the Mediterranean Sea. This is Apartheid.'

Hearing about that report, I remembered the moment when that truth became clear to me during a trip that I had led to Israel and the Occupied West Bank.

We had arrived in Hebron, and a leader with the Israeli human rights group *Breaking the Silence*, gestured to Shuhada Street...and told us it was a "sterile street" — a street forbidden to Palestinians. Only Jews and tourists were permitted to walk down the street.

I was horrified. My heartbeat fast as tears rolled down my face. Even in Apartheid South Africa there were no "sterile streets" that only white people could walk on.

As a student in South Africa...I had founded and edited a Jewish student newspaper dedicated to ending Apartheid.

And, over the past decades, I had witnessed many disturbing realities: the demolition of Palestinian homes, the theft of Palestinian land for Jewish-only settlements, olive orchards uprooted by Israeli settlers, and Palestinians evicted from homes they had owned for generations.

In the past, those who used the word “apartheid” have been attacked and labeled as “anti-Semites.” But, starting when I had walked down that ‘sterile street’ in Hebron, I decided that I would never again avoid using the word “apartheid” to describe Israel’s policies against Palestinians. I know what apartheid is, and I was seeing it in front of me.

We, the Jewish people, must tell the truth. We can no longer cover up the shocking systemic discrimination and oppression of the Palestinians by the State of Israel – a state that relies on our support and acts in our names and in the name of our tradition.

Calling things by their proper name — apartheid — is not a moment of despair. Rather, it is a moment of moral clarity, a step on a long walk inspired by hope. This is the only path there is to justice for all who live between the Mediterranean Sea and the Jordan River.

Source Material for Revision and Compilation: <https://truthout.org/articles/as-a-rabbi-raised-in-south-africa-i-cant-ignore-israel-is-an-apartheid-state/>

Deutsch:

Heute Abend möchte ich einige zusammengestellte Auszüge aus einem Artikel von Rabbi Brian Walt vorlesen: dem Gründer der Kongregation Mishkan Shalom und dem Exekutivdirektor von Rabbis for Human Rights - North America.

Titel: Als ein in Südafrika aufgewachsener Rabbiner kann ich nicht ignorieren, dass Israel ein Apartheidstaat ist

Im Januar 2021 veröffentlichte die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem den Bericht "A Regime of Jewish Supremacy From the Jordan River to the Mediterranean Sea. Das ist Apartheid."

Als ich von diesem Bericht hörte, erinnerte ich mich an den Moment, als mir diese Wahrheit während einer Reise, die ich nach Israel und in das besetzte Westjordanland geleitet hatte, klar wurde. Wir waren in Hebron angekommen, und ein Leiter der israelischen Menschenrechtsgruppe "Breaking the Silence" gestikuliert zur Shuhada-Straße ... und sagte uns, dass dies eine "sterile Straße" sei - eine Straße, die für Palästinenser verboten ist. Nur Juden und Touristen durften die Straße entlang gehen.

Ich war entsetzt. Mein Herz schlug schnell, während mir die Tränen über das Gesicht liefen. Selbst im Südafrika der Apartheid gab es keine "sterilen Straßen", auf denen nur Weiße gehen durften.

Als Student in Südafrika ... hatte ich eine jüdische Studentenzeitung gegründet und herausgegeben, die sich für die Beendigung der Apartheid einsetzte.

Und in den vergangenen Jahrzehnten war ich Zeuge vieler beunruhigender Realitäten geworden: der Abriss palästinensischer Häuser, der Diebstahl palästinensischen Landes für rein jüdische Siedlungen, von israelischen Siedlern entwurzelte Olivenhaine und Palästinenser, die aus Häusern vertrieben wurden, die sie seit Generationen besaßen.

In der Vergangenheit wurden diejenigen, die das Wort "Apartheid" benutzten, angegriffen und als "Antisemiten" abgestempelt. Aber, beginnend damit, als ich diese "sterile Straße" in Hebron hinuntergegangen war, beschloss ich, dass ich es nie wieder vermeiden würde, das Wort "Apartheid" zu benutzen, um Israels Politik gegenüber den Palästinensern zu beschreiben. Ich weiß, was Apartheid ist, und ich habe es vor mir gesehen.

Wir, das jüdische Volk, müssen die Wahrheit sagen. Wir können die schockierende systemische Diskriminierung und Unterdrückung der Palästinenser durch den Staat Israel nicht länger vertuschen - ein Staat, der auf unsere Unterstützung angewiesen ist und in unserem Namen und im Namen unserer Tradition handelt.

Die Dinge bei ihrem richtigen Namen zu nennen - Apartheid - ist kein Moment der Verzweiflung. Vielmehr ist es ein Moment moralischer Klarheit, ein Schritt auf einem langen, von Hoffnung getragenen Weg. Dies ist der einzige Weg, den es zur Gerechtigkeit für alle gibt, die zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan leben.

Palästinensischer Widerstand und die israelische Besatzung

Viele haben die Enteignung und Verfolgung der PalästinenserInnen in Israel und den "besetzten Gebieten" als Apartheid bezeichnet, ein aktuelles Beispiel ist die Erklärung "THIS IS APARTHEID" der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem. Welchen Begriff wir auch immer hören, für die Millionen von PalästinenserInnen, die unter aufgezwungenen Bedingungen von Besatzung, Diskriminierung und Exil leben, ist die Situation eine jahrhundertlange Katastrophe - beginnend mit der kolonialistischen Balfour-Deklaration durch das britische Empire im Jahr 1917, und noch immer ist kein gerechtes Ende in Sicht. Im Jahr 1948 kam es zur *Nakba*, bei der der Staat Israel 750.000 Palästinenser aus ihren Häusern vertrieb, 530 Dörfer zerstörte und 15.000 Zivilisten massakrierte.

1967 begann der Staat Israel offiziell mit der Besetzung der palästinensischen Gebiete, ein Erbe, das mit der Zerstörung weiterer Dörfer und Olivenhaine, der Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern und der Kolonisierung des ethnisch gesäuberten Landes mit Hunderten von exklusiven Siedlungen, die für jeden, der nicht der Definition der Besatzer von "israelisch-jüdisch" entspricht, verschlossen sind, weitergeht. Heute leisten die PalästinenserInnen Widerstand gegen Militarismus, polizeiliche Repression und Engstirnigkeit und sind entmenschlichender Gewalt ausgesetzt, selbst wenn sie gegen die inhumane Situation protestieren. Nach Angaben der Vereinten Nationen töteten die israelischen Verteidigungskräfte 180 und verwundeten oder verstümmelten 29.000 palästinensische Demonstranten im Jahre 2018, viele der Opfer waren auch Minderjährige, Journalisten und Rettungskräfte.

Wir schließen uns der Welt in ihrem Kampf gegen staatliche und polizeiliche Gewalt, gegen Imperialismus, gegen systemischen Rassismus an, und wir stehen in Solidarität mit den weitreichenden Protesten von #blacklivesmatter gegen weiße Vorherrschaft. In der Tat ist es die weiße Vorherrschaft, die die Palästinenser unterdrückt hat und die Idee des Judentums in den Köpfen einiger Menschen verzerrt hat, um eine Entschuldigung für die anhaltende Ungerechtigkeit zu sein.

Zionism and the State of Israel: A History of Apartheid against Palestinians, and Systemic anti-blackness against Jewish Peoples of Non-European/Western Descent

In the revised motion against BDS put to vote in StuPa some months ago, Herr Jonas Landwehr claims that a member of Palästina Antikolonial had said or implied that he as an American could decide 'who was a Jew and who was not.' If Jonas Landwehr had such trouble with basic English language comprehension that he could not decipher conceptual nuance, then it would have been better to ask for clarification than to launch directly into slander against Palästina Antikolonial members. Meanwhile Jonas Landwehr and party arduously defend the authorities of the State of Israel who have, for decades, done precisely what he was accusing us of doing—as we shall soon see. Furthermore, he and his associates have supported this accusation with no substance that would be acceptable in a responsible intellectual discussion, but rather only with the bully-logic of his repressive psychological projections onto us and its requisite vomiting of slurs like 'terrorist' or slander like 'antisemite' onto Palestinian solidarity activists.

Indeed, the White Supremacist authorities that have ruled the State of Israel have consistently taken it upon themselves to proclaim who and what peoples from the Jewish Diaspora are and aren't

Jewish enough. Ironically, authorities of the State of Israel have most often made this distinction on the basis of whether a Jewish person was white-passing or European enough in their pedigree, and/or whether or not they had favorable attitudes toward Western imperialism and, by extension, the Israeli settler-colonialism that is imposed on the diverse peoples of Historic Palestine.

The Orientalist and anti-black attitudes of Zionist leadership before and after the founding of the State of Israel has continued to the present day. Recently, the Israeli government has decided that it will deport its populations of Black Hebrew Israelites despite them having lived in Israel for decades. The reason for their forthcoming deportation is that the State of Israel has decided, in typical anti-blackness, that the Black Hebrew Israelites were, to quote the leading authorities in Israel's current and past governments, 'not authentically Jewish enough.' Meanwhile, Israeli politicians from across the board have referred to African Jews and migrants in Israel as 'infiltrators' and as the 'African menace' of Israel. For decades, Israel has also denied the entry of Ethiopian Jews, instead collaborating with certain authorities in Ethiopia so that those Ethiopian Jews could instead languish in refugee camps for decades. The reason? Because, again, according to leading authorities of the State of Israel, they were and are, quote, 'not fully Jewish' enough. So what is the message of the State of Israel to the diversity of Jews around the world? According to Benjamin Netanyahu, if you are Jewish, but to him seem 'too black,' then you have, and I quote:

“Either the choice to leave the country and take [your] money or to spend the rest of [your] life in an Israeli prison.”

This is unsurprising, as the State of Israel has always been an apartheid State and Zionism has been, since its inauguration, a political doctrine of settler colonialism and cultural apologizer for White Supremacy.

From the beginning of the State of Israel's establishment, Zionist proponents made it clear that they prioritized the rights of European Jews above those of all other Jews, usually on the basis of so-called racial or cultural superiority. When thousands of Mizrahi Jews arrived in the State of Israel, many were immediately segregated into shanty-refugee camps*. After that, communities of Mizrahi Jews faced broad discrimination and segregative 'red-lining' housing practices which have lasted in their effects to the present day. Sephardi Jews were also discriminated against for the sole and material benefit of European or Ashkenazi Jews—the latter of whom were objects of favor for Zionists because of their apparent proximity to the West and, as is the implication, for having possessed what were seen by leading Zionist figures as 'whiter racial features.*' Finally, Yemeni

Jews* were often flat out rejected from the Zionist-sponsored, Jewish neighborhoods of almost exclusively European descent. Many of these Yemeni Jews were thereafter welcomed into Palestinian communities, as was the case of Silwan's historic Jewish population. Europhilic Zionists at the forefront of the State of Israel's construction, then and today, have made it clear that they idealize European Jews over all others who participate in the diversity of the Jewish diaspora. This is an ironic symptom of internalized antisemitism, as is on full display by Theodore Herzl, who was a notorious Germanophile, and who often remarked on the 'shameful characteristics' of poorer Jews, and finally whose childhood heroes were leading architects and staunch defenders of racist and antisemitic imperialism. For example, Theodore Herzl was said to have a particular obsession with Ferdinand Marie, Count de Lesseps, who developed the Suez Canal for Anglo-Franco empires on the backs of the Egyptian peoples who were brutally forced into laboring on a canal that would be controlled by European shareholders.

Let us be clear: this is the status quo of white supremacy that Jonas Landwehr and party are defending; they are not defending anyone's humanity and complexity as a people. Jonas Landwehr and party recapitulate the orientalist presumption that Jewish peoples should be reduced to a Euro-Centric and Zionist idea of what a 'Jew' must become first, and can be considered a complex human being like others only as a secondary afterthought to the priority of that reduction. Rather, a Jewish person is a human being first and fundamentally, and from there the diversity of Jewish experiences, philosophy, and discourse forms a mutual and transformative relationship with the experiences of all other peoples who, altogether, share the condition of humanity's multiplicity as something between and within everyone. Therefore, what is a 'Jewish experience' is something to be questioned, something to powerfully move and be moved into empowerment with, and moreover cannot be ethically prioritized to the decision-making of the authoritarians and apartheidists who advocate for the State of Israel and its ethnic cleansing and apartheid practices used against both Palestinians and non-Western, non-Zionist Jews.

In place of the opportunity for Jewish and Palestinian voices to find solidarity and movement in mutual liberation and resistance against the imperialism that abuses them both along with others, Jonas Landwehr and company would have that each occupy their prescriptive and segregative boxes as enshrined, not least, by the State of Israel's apartheid project. And anyone who dissents against this dehumanization that the State of Israel toxically celebrates for Jews and pathologizes for Palestinians is, according to Jonas Landwehr and company, to be stripped of their rights as students, slandered as people, and dog-whistled as targets of violence when he and his allies call us

‘terrorists’. This is a sadistic betrayal of the human’s desire for liberation, for movement, for creativity, and of any committed understanding of humanism that is open to the diversity of the world in which we ultimately and transformatively share.

Let it also be known, to the Jewish Student Union and any others who are interested: we at Palästina Antikolonial would love to have an open, sensitive discussion about these crucial issues, because the unapologetic liberation of Palestinian and diverse Jewish peoples is something mutualistic and crucially interconnected. We support the multiplicity of humanity, and do not tolerate the impoverished stereotype that Jonas Landwehr and company would make out of the diversity of the Jewish peoples, seeing as he only sought council from those who agreed with his colonialist mentality and White Supremacist reductions, and excluded all other Jewish voices, including those of organizations like Judische Stimme für Gerechten Frieden in Nahost.

Deutsch:

In dem überarbeiteten Antrag gegen BDS behauptet Herr Jonas Landwehr, ein Mitglied von Palästina Antikolonial habe gesagt oder angedeutet, dass er als Amerikaner entscheiden könne, wer Jude sei und wer nicht. Wenn Jonas Landwehr solche Schwierigkeiten mit grundlegendem englischen Sprachverständnis hat, dass er begriffliche Nuancen nicht entziffern kann, dann wäre es besser gewesen, um eine Klarstellung zu bitten, als sich direkt in eine Verleumdung gegen den Sprecher zu stürzen. Währenddessen verteidigen Jonas Landwehr und seine Partei die Behörden des Staates Israel, die seit Jahrzehnten genau das tun, was er anklagt: nämlich zu entscheiden, wer aus der jüdischen Diaspora jüdisch genug ist und wer nicht. Ironischerweise haben die Behörden des Staates Israel diese Unterscheidung meistens auf der Basis getroffen, ob eine jüdische Person weiß oder europäisch genug war, und/oder ob sie eine günstige Einstellung zum westlichen Imperialismus und zum israelischen Siedlerkolonialismus hatte oder nicht.

Die orientalistische und antischwarze Haltung der zionistischen Führung vor und nach der Gründung des Staates Israel hat sich bis in die Gegenwart fortgesetzt. Kürzlich hat die israelische Regierung entschieden, dass sie die Bevölkerung der schwarzen hebräischen Israeliten deportieren wird, obwohl sie seit Jahrzehnten in Israel leben. Der Grund für ihre bevorstehende Deportation ist, dass der Staat Israel in typischer Anti-Schwarzheit entschieden hat, dass die Schwarzen Hebräer, um die führenden Behörden in Israel zu zitieren, "nicht authentisch jüdisch genug" seien. In der Zwischenzeit haben israelische Politiker aller Fraktionen afrikanische Juden und Migranten in Israel als 'Infiltratoren' und

als die 'afrikanische Bedrohung' Israels bezeichnet. Jahrzehntlang hat Israel auch äthiopischen Juden die Einreise verweigert und stattdessen mit den Behörden in Äthiopien kollaboriert, damit sie stattdessen in Lagern dahinvegetieren konnten. Der Grund? Weil sie, wieder einmal, laut den führenden Autoritäten des Staates Israel, nicht, Zitat, "voll jüdisch" genug waren.

Was ist also die Botschaft des Staates Israel an die Vielfalt der Juden auf der ganzen Welt? Laut Benjamin Netanjahu, wenn du jüdisch bist, aber ihm "zu schwarz" erscheinst, dann hast du, und ich zitiere:

"Entweder die Wahl, das Land zu verlassen und [dein] Geld zu nehmen oder den Rest [deines] Lebens in einem israelischen Gefängnis zu verbringen."

Das ist nicht überraschend, da der Staat Israel schon immer ein Apartheidstaat war und der Zionismus seit seiner Gründung eine politische Doktrin und kulturelle Entschuldigung des Siedlerkolonialismus ist.

Von den Anfängen des Staates Israel an machten die zionistischen Befürworter deutlich, dass sie die Rechte der europäischen Juden über die aller anderen Juden stellen, gewöhnlich auf der Grundlage der sogenannten rassischen oder kulturellen Überlegenheit. Als Tausende von Mizrachi-Juden im Staat Israel ankamen, wurden viele sofort in Baracken-Flüchtlingslagern segregiert. Danach sahen sich die Gemeinden der mizrachischen Juden einer weitreichenden Diskriminierung und segregativen "red-lining"-Wohnungspraktiken ausgesetzt, die in ihren Auswirkungen bis in die Gegenwart andauern. Sephardische Juden wurden auch zugunsten europäischer Juden diskriminiert, die aufgrund ihrer offensichtlichen Nähe zum Westen und, wie es die Implikation ist, aufgrund dessen, was als "weißere Rassenmerkmale" angesehen wurde, bevorzugt wurden. Schließlich wurden jemenitische Juden aus den jüdischen Vierteln europäischer Abstammung oft rundheraus abgelehnt. Viele dieser jemenitischen Juden wurden danach in palästinensischen Gemeinden willkommen geheißen, wie es bei der historischen jüdischen Bevölkerung von Silwan der Fall war. Europhile Zionisten, die an der Spitze des Aufbaus des Staates Israel standen, machten deutlich, dass sie die europäischen Juden über alle anderen in der Diaspora idealisierten. Dies ist ein ironisches Symptom des verinnerlichten Antisemitismus, wie er sich bei Theodore Herzl zeigt, der ein notorischer Germanophiler war, der oft die "schändlichen Eigenschaften" der ärmeren Juden kommentierte und dessen Kindheitshelden überzeugte Imperialisten waren.

Lassen Sie uns klar sagen: Das ist der Status quo, den Jonas Landwehr und seine Partei verteidigen; sie verteidigen nicht die Menschlichkeit und Komplexität von irgendjemandem. Lasst es die Jüdische Studentenunion und alle anderen, die daran interessiert sind, wissen: wir von Palästina Antikolonial würden gerne eine offene, sensible Diskussion über diese entscheidenden Fragen führen, denn die palästinensische und die jüdische Befreiung bedingen sich gegenseitig und sind füreinander entscheidend. Wir unterstützen die Vielfalt der Menschheit und tolerieren nicht das verarmte Stereotyp, das Jonas Landwehr und Co. aus der Vielfalt der jüdischen Völker machen würden, da er nur den Rat derjenigen suchte, die mit seiner kolonialistischen Mentalität und seinen White Supremacist-Reduktionen übereinstimmen, und alle anderen jüdischen Stimmen ausschloss, einschließlich der Jüdischen Stimme für Gerechten Frieden in Nahost.

5. Chat mit den ModeratorInnen während der StuPa-Sitzung am 5. Juli

Von mir zu Leonie Bronkalla (Direktnachricht) 9:09 PM

Das heißt ausbalancierte Redeliste heißt, dass Jonas Landwehr zwei mal inter einander dran darf?

Du kannst als erste Leiterin hier eine Veränderung machen und eine gesunde Diskussion entstehen lassen und Menschen zu Wort kommen lassen! ...

Von mir zu Leonie Bronkalla (Direktnachricht) 9:15 PM

Dies ist ein Thema von denen viele Studierende betroffen sind, besonders BIPOC Studierende, es ist rassistisch und ausgrenzend Personen nicht zu Wort kommen zu lassen

Von mir zu Leonie Bronkalla (Direktnachricht) 9:18 PM

Beobachter der letzten STUPA-Sitzung zu diesem Thema sahen, dass Studierende frei als Terroristen bezeichnet wurden und ihnen gesagt wurde, sie sollten in ihre Länder zurückkehren, weil sie ihre Meinung geäußert hatten. Beim letzten Mal haben sie auch die Mikrofone der Studenten mitten in ihrer Rede zum Schweigen gebracht. Die Leute schauen jetzt zu, bitte stellen Sie sicher, dass die Verantwortung gegenüber den Studierenden respektiert wird. Nochmal, sonst sind das Gründe für eine Klage wegen Diskriminierung.
Die Verwaltung der Universität Münster, die sich für einen studierendenfreundlichen Raum einsetzt, wird es nicht gerne hören, wenn Studierende diskriminiert werden, die sich zu einem so hochpolitischen Antrag äußern müssen.

Von mir zu [Theresa Schüller \(Direktnachricht\)](#)

9:18 PM

Beobachter der letzten STUPA-Sitzung zu diesem Thema sahen, dass Studierende frei als Terroristen bezeichnet wurden und ihnen gesagt wurde, sie sollten in ihre Länder zurückkehren, weil sie ihre Meinung geäußert hatten. Beim letzten Mal haben sie auch die Mikrofone der Studenten mitten in ihrer Rede zum Schweigen gebracht. Die Leute schauen jetzt zu, bitte stellen Sie sicher, dass die Verantwortung gegenüber den Studierenden respektiert wird. Nochmal, sonst sind das Gründe für eine Klage wegen Diskriminierung.
Die Verwaltung der Universität Münster, die sich für einen studierendenfreundlichen Raum einsetzt, wird es nicht gerne hören, wenn Studierende diskriminiert werden, die sich zu einem so hochpolitischen Antrag äußern müssen.

Von mir zu [Luca Burg \(Direktnachricht\)](#)

9:18 PM

Beobachter der letzten STUPA-Sitzung zu diesem Thema sahen, dass Studierende frei als Terroristen bezeichnet wurden und ihnen gesagt wurde, sie sollten in ihre Länder zurückkehren, weil sie ihre Meinung geäußert hatten. Beim letzten Mal haben sie auch die Mikrofone der Studenten mitten in ihrer Rede zum Schweigen gebracht. Die Leute schauen jetzt zu, bitte stellen Sie sicher, dass die Verantwortung gegenüber den Studierenden respektiert wird. Nochmal, sonst sind das Gründe für eine Klage wegen Diskriminierung.
Die Verwaltung der Universität Münster, die sich für einen studierendenfreundlichen Raum einsetzt, wird es nicht gerne hören, wenn Studierende diskriminiert werden, die sich zu einem so hochpolitischen Antrag äußern müssen.

...

Von mir zu [Leonie Bronkalla \(Direktnachricht\)](#)

9:20 PM

Wenn man für bestimmte Schüler die Kameras ausschaltet, sollte man die Kameras für alle Schüler ausschalten. Nochmals, diese Art von Ungereimtheiten sind nicht unschuldig, und sie werden von den Koalitionen bemerkt, die beobachten. Einige Schüler anders zu behandeln als andere, ist aktive Diskriminierung.

Von mir zu [Theresa Schüller \(Direktnachricht\)](#)

9:20 PM

Wenn man für bestimmte Schüler die Kameras ausschaltet, sollte man die Kameras für alle Schüler ausschalten. Nochmals, diese Art von Ungereimtheiten sind nicht unschuldig, und sie werden von den Koalitionen bemerkt, die beobachten. Einige Schüler anders zu behandeln als andere, ist aktive Diskriminierung.

Von mir zu [Luca Burg \(Direktnachricht\)](#)

9:20 PM

Wenn man für bestimmte Schüler die Kameras ausschaltet, sollte man die Kameras für alle Schüler ausschalten. Nochmals, diese Art von Ungereimtheiten sind nicht unschuldig, und sie werden von den Koalitionen bemerkt, die beobachten. Einige Schüler anders zu behandeln als andere, ist aktive Diskriminierung.

Von mir zu [Luca Burg \(Direktnachricht\)](#)

9:26 PM

Aussehen ist immer politisch. Vor einem Schal Angst zu haben ist Profiling.

...

Von mir zu [Leonie Bronkalla \(Direktnachricht\)](#)

9:27 PM

Aussehen ist immer politisch. Vor einem Schal Angst zu haben ist Profiling.

Und Profiling ist diskriminierend

Von mir zu [Leonie Bronkalla](#) (Direktnachricht) 9:29 PM

Wenn sich das Stupa für alle Studierende der WWU einsetzen möchte, muss sie wirklich auch für ALLE Studis tun. Auch für palästinensische. Wir machen antirassistische Arbeit und lassen uns dieses Silencing nicht gefallen.

Von mir zu [Leonie Bronkalla](#) (Direktnachricht) 9:31 PM

Ist es denn nicht friedlich, einen Redebeitrag zu halten? Der ein bisschen Klarheit in die Diskussion bringen würde?

Von mir zu [Leonie Bronkalla](#) (Direktnachricht) 9:33 PM

Das heißt wir sollen nicht emotional werden, wenn Palästinenser*innen aktuell von ethnisch motivierten Zwangsräumungen bedroht werden? Wenn Israels Soldaten Kinder töten mit deutschen Waffen? Wenn PalästinenserInnen jeden Tag Rassismus erfahren?

Von mir zu [Theresa Schüller](#) (Direktnachricht) 9:33 PM

Das heißt wir sollen nicht emotional werden, wenn Palästinenser*innen aktuell von ethnisch motivierten Zwangsräumungen bedroht werden? Wenn Israels Soldaten Kinder töten mit deutschen Waffen? Wenn PalästinenserInnen jeden Tag Rassismus erfahren? ...

Von mir zu [Luca Burg](#) (Direktnachricht) 9:34 PM

Das heißt wir sollen nicht emotional werden, wenn Palästinenser*innen aktuell von ethnisch motivierten Zwangsräumungen bedroht werden? Wenn Israels Soldaten Kinder töten mit deutschen Waffen? Wenn PalästinenserInnen jeden Tag Rassismus erfahren?

Von mir zu [Theresa Schüller](#) (Direktnachricht) 9:35 PM

Das Leben unter Besatzung bedeutet, dass die eigene Freiheit sich zu bewegen enorm eingeschränkt ist, es bedeutet, dass das eigene Haus besetzt oder zerstört wird, es bedeutet, dass die eigenen jahrealten Olivenbäume niedergebrannt werden (10), es bedeutet, dass israelische Soldaten dein Kind mit Gummigeschoss verletzen können, ohne bestraft zu werden (11), Das Leben unter Besatzung bedeutet für Palästinenser*innen, dass sie Bürger zweiter Klasse sind und dies jeden Tag zu spüren bekommen. Und darüber sollen wir nicht emotional werden? ...

Von mir zu [Leonie Bronkalla](#) (Direktnachricht)

9:41 PM

Die Antidiskriminierungsabteilung und die zugehörigen Rechtsberater werden von diesen Dingen erfahren. Wir können sehen, dass dies nicht ernst genommen wird. Wir wollen keine Worte. Wir wollen rechenschaftspflichtige Taten.

Von mir zu [Leonie Bronkalla](#) (Direktnachricht)

9:45 PM

Nur weil man es auf eine Weise meint, heißt das nicht, dass man nicht auf eine andere Weise handelt. Das ist einer der Aspekte des "Privilegs", dass manche Menschen nicht verstehen, weil ihnen die Erfahrung fehlt, dass ihre Handlungen Trauma und Diskriminierung auf andere ausüben. Indem man in dem westlichen/weißen Privileg handelst, das dieses Gremium gerade tut, geht man aktiv mit diskriminierenden Praktiken einher.

Von mir zu [Theresa Schüller](#) (Direktnachricht)

9:45 PM

Nur weil man es auf eine Weise meint, heißt das nicht, dass man nicht auf eine andere Weise handelt. Das ist einer der Aspekte des "Privilegs", dass manche Menschen nicht verstehen, weil ihnen die Erfahrung fehlt, dass ihre Handlungen Trauma und Diskriminierung auf andere ausüben. Indem man in dem westlichen/weißen Privileg handelst, das dieses Gremium gerade tut, geht man aktiv mit diskriminierenden Praktiken einher. ...

